

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/230

30. November 1972

Das große Vertrauen erfüllen!

Seite 1 / 23 Zeilen

Vor der Lösung der Frage BRD-^VCSSR?

Seite 1 / 23 Zeilen

Die Gemeinden schauen nach Bonn

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund meldet
sich zu Wort

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des VI. Deutschen Bundestages
und Vizepräsident des Deutschen Städte- und
Gemeindebundes

Seite 2 und 3 / 67 Zeilen

Bundeswehrverband in der Wandlung

Klarstellungen zum Beginn der VII. Legisla-
turperiode

Seite 3a / 42 Zeilen

Jetzt BRD-DDR-Wettbewerb im Sport

Die deutschen Verträge geben die Kampfbahnen
frei

Seite 4 und 5 / 63 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Ebert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 130 400
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 87 - 38
Telex: 808 848 / 888 847/
086 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Das große Vertrauen erfüllen!

Die SPD ist in Partei und Fraktion entschlossen, dem großen Vertrauensvorschuß, den ihr die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler am 19. November gegeben haben, so gerecht zu werden, daß das Faziturteil der Bundesbevölkerung am Ende der VII. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages noch positiver ausfallen wird und kann. Dieser Entschluß hat zwei Seiten. Einmal stellt er Partei und Fraktion die selbstaufgelegte Aufgabe, alles zu tun, um das Wohl des Ganzen zu fördern und die Bundesrepublik als Sozialstaat ständig weiter auszubauen. Zum zweiten verlangt die Erfüllung des Entschlusses, daß Partei und Fraktion mit diesem Vertrauen der Bundesbürger behutsam und pfleglich umgehen. Das aber heißt auch, so schrieb Willy Brandt in seinem Brief an die Abgeordneten, daß dieses Vertrauenskonto, das Partei und Fraktion eingeräumt worden ist, nicht überzogen wird: weder programmatisch noch personell. Diese Forderung schließt die Koalition mit der FDP ein, die ihrerseits dem ihr erteilten Vertrauensvorschuß gerecht werden muß. Das Bild, das diese Partnerschaft aus SPD und FDP dem Wähler zu bieten hat, muß dem übergeordneten Auftrag des 19. November entsprechen. Taktik hat daher an keiner Stelle und zu keiner Zeit Platz. (ee/30.11.1972/bgy/ja)

+ + +

Vor der Lösung der Frage BRD-ČSSR?

Unter der Voraussetzung, daß sich die Agenturmeldung über die Rede bestätigt, die der Generalsekretär der KPC, Dr. Gustav Husák, in Usti nad Orlem gehalten hat, dann sind Bonn und Prag endlich über dem Berg. Die Einschränkung ist vorerst noch nötig, weil die Meldungen über Äußerungen des Prager Außenministers Činoupek, die einen Hoffnungsschimmer zu enthalten schienen, postwendend korrigiert wurden. Dr. Husáks Feststellung, daß die eigentliche Voraussetzung für die Normalisierung des deutsch-tschechoslowakischen Verhältnisses die Verurteilung der Hitler-Aggression gegen die ČSSR als "Inhalt des Münchner Abkommens" durch die Bundesregierung sei, dann könnten die Verhandlungen zwischen Bonn und Prag morgen beginnen. Dr. Husák hat, nach den Meldungen, klar gemacht, daß es jetzt nicht mehr um die Frage der Ungültigkeit des Münchner Abkommens "von Anfang an" gehe. Damit rückt Willy Brandts Feststellung in den Vordergrund, daß das Münchner Abkommen "von Anfang an ungerecht und ungültig" sei. Husáks und Brandts Erklärungen ergeben, miteinander nahtlos verbunden, die Lösung für die schwierige Frage der Entspannung und der Kooperation auch zwischen BRD und ČSSR.

(ee/30.11.1972/bgy/ja)

+ + +

Die Gemeinden schauen nach Bonn

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund meldet sich zu Wort

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen

Vizepräsident des VI. Deutschen Bundestages

und Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Der Wahlsieg der SPD/FDP-Koalition hat den Wunsch der Bürger unseres Landes deutlich gemacht, daß die notwendigen Reformen weitergeführt und neu angepackt werden.

Die deutschen Gemeinden spielen bei der Lösung der Gemeinschaftsaufgaben eine große Rolle. Gemeindetag und Städtebund haben sich inzwischen im Deutschen Städte- und Gemeindebund vereinigt und werden damit in Zukunft eine unüberhörbare Stimme für 33 Millionen Bürger gegenüber Bund und Ländern haben, ein kraftvoller Anwalt der Städte und Gemeinden.

Herbert Wehner hat schon früher dankenswerterweise auf die Leitsätze des Deutschen Gemeindetages zur Bundestagswahl hingewiesen. Nunmehr verdienen u.a. folgende Forderungen für das weitere Gespräch der Koalitionsparteien und für die Regierungserklärung besondere Beachtung.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund erwartet, daß die Städte und Gemeinden neben Bund und Ländern endlich als "dritte Säule" unseres Staatswesens anerkannt werden. Den Gemeinden muß daher ein Mitspracherecht bei allen Gesetzgebungsverfahren eingeräumt werden, die den gemeindlichen Wirkungskreis berühren. Weiter sind sie gleichberechtigt an der Vorbereitung und Durchführung gemeinsamer Planungen von Bund und Ländern zu beteiligen.

Diese Beteiligungsrechte sind verfassungsrechtlich so abzusichern:

- Daß die Finanz- und Steuerreform zügig fortgeführt wird, um die Städte und Gemeinden in die Lage zu versetzen, ihren ständig wachsenden Aufgaben gerecht werden zu können. Zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen tragen die Gemeinden, deren Ver-

schuldensgrenze schon heute vielfach weit überschritten ist. Die Städte und Gemeinden können deshalb nicht länger auf den Weg weiterer Verschuldung verwiesen werden. Neben der Verbesserung der gemeindlichen Anteile an dem Aufkommen der Einkommensteuer ist vor allem das Inkrafttreten der neuen Einheitswerte sehr wesentlich;

- daß die Verteilung von Aufgaben und Zuständigkeiten der öffentlichen Verwaltung auf der Ebene von Bund und Ländern im Rahmen der Funktionalreform unter Beachtung des Grundsatzes einer bürgernahen Verwaltung erfolgt und daß endlich Schluß gemacht wird mit der Hochkonzentration von Verwaltungsaufgaben, die einfacher, schneller und besser auf der Ortsebene erledigt werden können;

- daß eine praktikable Gestaltung des Bodenrechts unter Beachtung sozialer Gesichtspunkte baldmöglichst verwirklicht wird; dabei müssen insbesondere die Bedürfnisse der Gemeinschaft vorrangig berücksichtigt werden;

- daß die begonnene Bildungsreform weitergeführt wird mit dem Ziel, die Bildungschancen aller Bevölkerungskreise nachhaltig zu verbessern, insbesondere im Bereich der beruflichen Aus- und Fortbildung sowie der Erwachsenenbildung. Der Bildungsgesamtplan sollte sobald wie möglich vorgelegt werden. Städte und Gemeinden als Träger von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen müssen sich in ihren Planungen auf das künftige Bildungssystem einstellen können, um Fehlinvestitionen zu vermeiden;

- daß im Bereich der Verkehrspolitik der Verkehrsbedienungs in der Fläche verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet wird, insbesondere ist die Bedienung im Bereich des schienengebundenen Nahverkehrs nachhaltig zu verbessern. Die Bemühungen um einen möglichst umfassenden Verkehrsverbund sind fortzusetzen und zu verstärken;

- daß im Bereich der Gesundheitspolitik die erhebliche ärztliche Unterversorgung der Bevölkerung in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden beseitigt wird. Der Ärztemangel in diesem Bereich läßt sich mit dem von allen politischen Kräften in der Bundesrepublik Deutschland anerkannten Streben, die Qualität des Lebens gleichmäßig zu sichern, nicht vereinbaren. Der Unfallrettungsdienst bedarf des weiteren Ausbaues unter Einbeziehung der Städte und Gemeinden in die Trägerschaft, um die Zahl der Verkehrstoten auf unseren Straßen herabzumindern;

- daß die Gemeinden künftig an den Europaentscheidungen der Bundesregierung beteiligt werden, die sich immer stärker auf die Gestaltungsmöglichkeiten der Gemeinden auswirken.

Die deutschen Städte und Gemeinden warten mit Spannung auf die VII. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages.

(-/30.11.1972/ks/va)

Bundeswehr-Verband in der Wandlung

Klarstellungen zum Beginn der VII. Legislaturperiode

Während sich ein Arrangement zwischen der früheren sozial-liberalen Regierung und dem Deutschen Bundeswehr-Verband zum Schluß der VI. Legislaturperiode abzeichnete, scheint dies für den VII. Deutschen Bundestag in der Sache bereits gesichert zu sein. Diesen Schluß läßt die Auswertung der Pressekonferenz zu, die der Bundesvorsitzende des Verbandes, Oberstleutnant Volland, anläßlich der nun beginnenden neuen Legislaturperiode gab.

Volland ist mit spezifischen Soldatenwünschen und gesetzgeberischen Vorhaben an die Öffentlichkeit, insbesondere natürlich an die Adresse der Bundesregierung und des sich formierenden Bundestages getreten. Seine Grundforderungen decken sich weitgehend mit den politischen Vorstellungen der sozialdemokratischen Verteidigungsminister. Ob es sich hierbei um eine zeitgemäße Personalstruktur, effiziente Wehrstruktur oder um Reformen der Ausbildung und Bildung sowie Verbesserungen der Sozialleistungen handelt, dem Verband, so wird es offensichtlich, segelt im Kielwasser des "Reformbootes" Verteidigungsministeriums.

Dieser Kurs überrascht in jener exakt eingeschlagenen Richtung! Denn es gab Zeiten unter vornehmlich konservativen Regierungen und entsprechenden Bundestagsmehrheiten, in denen die unteren Gremien des Verbandes sozialpolitisch progressiver dachten als es der Bundesvorstand in die Öffentlichkeit zu artikulieren wagte. Das erste Verteidigungsweißbuch der ersten sozialliberalen Regierung wurde noch im Mai 1970 als ein "Programm mit Lücken" bezeichnet, und die Kritik des Verbandes hatte strenge Parallelen mit Polemik und Attacken der politischen Opposition gegen die sozialdemokratisch verantwortete Verteidigungspolitik. Der Verband verlor zu Beginn der VI. Legislaturperiode ebenso wenig ein kritisches Wort über die von CDU/CSU jahrelang eklatant versäumten Reformen für die Bundeswehr, wie er heute zu Beginn der VII. Legislaturperiode einen Ausdruck gefunden hat, der die unbestreitbaren Leistungen der letzten Bundesregierung auf dem Sektor der Bundeswehr unschrieben hätte!

Genauso ließ die von Volland durchgeführte Pressekonferenz eine angekündigte "Bilanz der Weißbuch-Maßnahmen" vermissen; dafür erstreckte sich seine Ausführungen besonders auf den Katalog von Forderungen an den VII. Deutschen Bundestag.

Insgesamt gesehen und im Interesse der Sicherheits- und Entspannungspolitik der Bundesrepublik Deutschland sowie zum Wohl jedes einzelnen Soldaten der Bundeswehr sollten die Wandlungen des Bundeswehr-Verbandes zum Arrangement zumindest vermerkt und im Ansatz begrüßt werden.

Wolf-Eberhard Liebau
(-/30.11.1972/ks/3a)

Jetzt BRD-DDR-Wettbewerb im Sport

Die deutschen Verträge geben die Kampfbahnen frei

Wer in den Wochen nach den Olympischen Spielen in München und Kiel Ostberlin besuchte, der hörte in Sachen Sportbeziehungen zur Bundesrepublik neben wohlgemeinten Wünschen von Sportfans in Funktionärs- und Journalistenkreisen die offiziöse Floskel, daß nach Abschluß des Grundvertrages vieles leichter gehen würde. Nun, nach zwei Verträgen, dem Verkehrs- und dem Grundvertrag, die beide Zusicherungen für verbesserte Sportbeziehungen vorsehen, muß die DDR von abstrakten Thesen zu konkreten Maßnahmen übergehen. Bisher entzog sich die Ostberliner Sportführung mit taktischen Winkelzügen und unter Ausnutzung von Schwächen auf bundesdeutscher Seite jeglicher Konkretisierung. Die Bundesregierung hat ihren guten Willen nicht nur mehrfach bekundet; sie hat erst vor wenigen Wochen durch Bundeskanzler Willy Brandt erklärt, daß ein Grundvertrag mit Sicherheit ein Element für die Verbesserung der Jugend- und Sportbeziehungen enthalten werde. Dies ist geschehen.

Die jetzt gefundene Grundsatzvereinbarung, nach der beide Regierungen die Entwicklung der Sportbeziehungen fördern wollen, ist formell schon ein Schritt weiter als die Erklärung des DDR-Staatssekretärs Dr. Michael Kohl bei der Unterzeichnung des Verkehrsvertrages. Der Ostberliner Unterhändler erklärte zum Verkehrsvertrag u.a., daß auf Einladung der entsprechenden Institutionen und Organisationen der DDR Bewohner der Bundesrepublik auch aus sportlichen Gründen in die DDR einreisen könnten. Nach dieser einseitigen Erklärung ist die DDR-Regierung nun in eine zweiseitige Vereinbarung eingebunden, die den Sportorganisationen in beiden Teilen Deutschlands neuen Spielraum gibt.

In dem DDR-Poker um den menschen- und öffentlichkeits-trächtigen Sportverkehr hatte sich besonders seit 1961 eine Bilanz entwickelt, die diese Bezeichnung nicht einmal verdient. Legt man

die Sportbegegnungen in den vergangenen zwei Jahren - mit Ausnahme der Olympischen Spiele 1972 und einigen vorolympischen Wettbewerben - zugrunde, so gab es auf beiden Seiten jährlich kaum 20 Wettkämpfe. Aufgeputscht von unwahrscheinlichem Ehrgeiz und getrieben von unbändigem Selbstständigkeitsdrang kamen die DDR-Spitzenathleten auf die Olympischen Sportstätten der Bundesrepublik. Aus großen Erfolgen wuchsen der Stolz der Funktionäre und die Notwendigkeit einer Neuorientierung der Position der Sportorganisationen in der Bundesrepublik. Man darf gespannt sein, wie sich jetzt Ostberlin einstellt, wenn die Bundesdeutschen, gestützt auf vertragliche Vereinbarungen, den zweiseitigen Sportaustausch zu vertretbaren Größenordnungen und möglichst vielen Sportarten durchführen wollen.

Vorbedingungen gibt es nicht mehr: Es gilt, die DDR-Sportführung in die Verantwortung zu holen. Nimmt man den Verkehrs- und Grundvertrag als Basis, fügt die Vereinbarungen der beiden deutschen Sportbünde von Halle und München im Jahre 1970 hinzu und bereichert sie mit dem olympischen Edelmetall, das die DDR-Sportler in München und Kiel gewannen, so ist tatsächlich eine bessere Zukunft für den Sport in Deutschland keine Utopie mehr.

Die Bindungen und die Außenvertretung des Westberliner Sports durch die Sportorganisationen der Bundesrepublik - ein quälendes Problem, von der Ostberliner Seite stets als Barriere benutzt - läßt sich auf der Grundlage des Vier-Mächte-Abkommens und des Grundvertrages aus bundesdeutscher Sicht ganz anders, als jemals zuvor anpacken. Bedenkt man, daß noch vor zwei Jahren der Ostberliner Fußballclub "Vorwärts" dem Nachbarn 1. FC Neukölln auf eine Einladung antwortete, daß zunächst separate Vereinbarungen zwischen den Sportleitungen Westberlins und der DDR erforderlich seien, so ist die Ausgangsbasis der bundesdeutschen Sportorganisationen sehr viel günstiger und stärker geworden. Nach elf Jahren politischem Gezänk und bewußt auf Mißerfolg ausgerichteten Taktiken müssen nun endlich die Sportler zu ihren Rechten auf Sportplätzen und in Sport- und Schwimmhallen verstanden werden.

Ernst Dieter Schnickler
(~/ 30.11.1972/ks/bgy/ja)